

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 726.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bei. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Ausnahme bis früh 1 Uhr. Einzelnummern 25 Pfg. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 221

Dienstag, den 21. September 1920

11. Jahrgang

## Geplante Spartakistische Putsche in Berlin.

### Warnung vor spartakistischen Putsch-Spielen.

In Berlin — aber nicht bloß etwa dort — geben sich die Spartakisten usw. viel Mühe, unüberlegte Arbeiter für hirnverbrannte Torheiten ins Feuer zu treiben. Schon am Sonntag warnte der „Vorwärts“ dringend: „Laßt es nicht zu, daß politische Fanatiker, Geschäftsmacher und Spione eure materielle Not ohne Rücksicht auf euer Leben und eure Gesundheit für ihre Zwecke ausnützen“. Am Montagabend veröffentlichte die sozialdemokratische Parteileitung Berlins folgende „Warnung vor Spiegeln“:

#### Arbeiter! Parteigenossen!

Die kommunistischen Spiegelparteien, unterstützt von anderen Organisationen, deren Charakter, Mitglieder und Leiter niemand kennt, rufen die Berliner Arbeiterschaft zum Generalstreik und zu einer kommunistischen Demonstration zu Dienstag, den 21. September, vormittags 11 Uhr, auf. Worauf es diesen Elementen ankommt, ergibt sich aus dem Schlußsatz des Aufrufs, der in der „Roten Fahne“ veröffentlicht ist, in dem es heißt:

Arbeitslose, seid euch bewußt, daß ihr der Vortrupp der Revolution seid. Retter fehle.

Man befürchtet offenbar, daß die in Beschäftigung stehenden Arbeiter noch zuviel gesunde Ueberlegung gegenüber den kommunistischen Provokateuren haben, und versucht deshalb, die Not der Arbeitslosen auszunutzen. Man will nicht nur unser Wirtschaftsleben erneut zerrüttern, sondern mithilfe der Arbeitslosen, geführt von kommunistischen Provokateuren, neues Blutvergießen herbeiführen. Auf diesem Boden soll der kommunistische Weizen blühen.

Arbeiter, Parteigenossen, laßt euch von den kommunistischen Spiegelparteien nicht provozieren, sorgt dafür, daß die Arbeiterschaft einmütig jede Teilnahme an dieser Demonstration ablehnt!

Selbst die Berliner Unabhängigen haben es offiziell abgelehnt, sich an diesem verbrecherischen Treiben zu beteiligen. Einstimmig sogar hat die unabhängige Parteileitung die Teilnahme an der Spartakus-Demonstration abgelehnt! Auch die gestern abgehaltene Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter forderte einstimmig die Kollegen auf, die Teilnahme an der Putschistenaktion zu verweigern!

Wir wiederholen mit Rücksicht auf diese Machenschaften unbekannter Schieber und Dunkelmänner auch für Danzig dringend unsere Warnung vor kommunistischen Theaterhelden, auf die wir wiederholt aufmerksam gemacht haben.

### Polens Vorrücken im russischen Bericht.

Moskau, 20. Sept. (B. I. B.) Der russische Heeresbericht vom 19. Sept. besagt: Im Abschnitt Kobryn werden hartnäckige Kämpfe mit wechselndem Erfolge fortgesetzt, wobei wir Maschinengewehre erbeuteten. Im Abschnitt Romno finden blutige Kämpfe mit dem vordringenden Feinde statt. Im Abschnitt Dubno kämpfen unsere Truppen tapfer mit dem Feinde, der im Nordwesten von Dubno vorrückt. (Der nächste Satz, der sich auf Tarnopol bezieht, ist verstümmelt.) Im Krimgebiet im Abschnitt Dschow dauern die Gefechte mit der feindlichen Artillerie an.

### Polnisch-Litauischer Verhandlungsabbruch.

Kowno, 20. Sept. Die litauische Telegrammagatur teilt mit, daß die litauische und die polnische Delegation Kalvarja verlassen haben, da die Polen auf ihrer Forderung, die Litauer sollten sich auf die Hoch-Clemenceau-Linie zurückziehen, bestanden und den litauischen Vorschlag, eine neutrale Zone zwischen beiden Armeen zu errichten, ablehnten. Indessen sind die Verhandlungen anscheinend nur unterbrochen, da der polnische Außenminister Sapieha bei der lettischen Regierung durch Funkpruch wegen Fortsetzung der polnisch-litauischen Verhandlungen in Riga angefragt hat. Auch der Bälterbundrat ist für die Fortsetzung der Verhandlungen und wünscht, daß bis dahin Kampfhandlungen unterbleiben möchten. Namens Litauens hat sich Wolodmar damit einverstanden erklärt. Baderewski dagegen teilte mit, er könne erst heute früh antworten.

### Ungarn für internationales Arbeitsamt.

Genf, 20. Sept. (B. I. B.) Nach Mitteilung des internationalen Arbeitsamtes ist eine auf Verlangen der ungarischen Regierung nach Ungarn entsandte Kommission zurückgekehrt. Bei den amtlichen Besprechungen hat die ungarische Regierung den Wunsch ausgedrückt, Ungarn dem internationalen Arbeitsamt anzuschließen.

Hoffentlich teilt die Kommission der Öffentlichkeit auch über die in Ungarn vorgefundenen Verhältnisse etwas mit.

### Irlands Märtyrer.

Amsterdam, 20. 9. Wie die englischen Blätter melden, hat der Bürgermeister von Cork am 40. Tage seines und seiner Kameraden Hungerstreiks an die Iren der gesamten Welt

eine Botschaft gerichtet, in der er erklärt, daß er nicht glauben könne, das englische Volk werde die Durchführung dieses gefühllosen Mordes zulassen. Sollte aber das englische Volk seine Macht über seine Regierung haben, so würden die Gefangenen um Irlands willen gern sterben.

London, 20. Sept. Einer Reutersmeldung zufolge ist der Bürgermeister von Cork sehr schwach, jedoch noch immer bei Bewußtsein. Wie weiter verlautet, soll der Bürgermeister von den ihn besuchenden Freunden und Verwandten Nahrungsmittel (!) erhalten.

### Sozialistischer Wahlsieg in New York.

New York, 18. Sept. („Fr. Hg.“) Die Nachwahl in fünf Bezirken New Yorks, deren sozialistische Vertreter im Staatsparlament seinerzeit als „Bolschewisten“ ausgeschlossen worden waren, hat einen glänzenden Wahlsieg der Sozialisten über die gemeinsame Liste der Gegner ergeben.

### Millerand läßt sich „erweichen“.

Die Entscheidung über die Besetzung des französischen Präsidentenpostens dürfte gefallen sein. Millerand, der die Kandidatur erst ablehnte, weil er als Ministerpräsident seinen größeren Einfluß auf die Politik Frankreichs behalten wollte, hat sich nun doch zur Annahme bewegen lassen. Folgende Meldung sagt darüber alles:

Paris, 21. Sept. Millerand machte der Agentur Havas folgende Erklärung: Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1919 die Politik des sozialen Fortschrittes (?), der Ordnung, der Arbeit und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen hin kennzeichnet durch die uneingeschränkte Durchführung des Versailler Vertrages und die Vereinfachung seiner Grundlage in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten, nach innen durch die Aufrechterhaltung des Staatsgesetzes, die Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Kräfte, der Zentralisation und im gegebenen Zeitpunkt die auf Grund der Erfahrungen notwendig werdende Verbesserung unserer Staatsgesetze. Seit sechs Monaten habe ich unterstützt vom Vertrauen des Parlaments diese Politik methodisch und nachhaltig durchgeführt. Ich glaube und ich habe die Gründe dafür angeführt, daß ich dieser Politik nirgends besser dienen kann, als in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meine Anwesenheit im Elisee als nützlich für die Einhaltung und Fortsetzung dieser nationalen Politik hält, wenn diese Mehrheit gleich wie ich glaube, daß der Präsident der Republik, wenn er nie der Vertreter einer Partei, so doch der Vertreter einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern festgelegt und durchgeführt würde, so werde ich mich dem Rufe der Volkserziehung nicht entziehen.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich bedeutet also keine Änderung in der Politik Frankreichs, unter Umständen sogar noch eine offiziellere Betonung der Millerand'schen Gedanken.

Mit Millerand übernimmt einer der „Renegaten“ der sozialistischen Bewegung Frankreichs die Präsidentschaft. Im Anfang seiner politischen Laufbahn war er Vertreter der äußersten Linken in der Deputiertenkammer und Gründer der „Union sozialiste“, deren führendes Organ er selbst leitete. Nachdem er bereits vor 20 Jahren einen Ministerposten in der bürgerlichen Regierung Frankreichs übernommen, hat er sich durch seine Amtsführung immer mehr der sozialistischen Partei entfernt, so daß der Bruch bald eintrat. Wie wenig von seiner sozialistischen Vergangenheit in seiner weiteren politischen Laufbahn übrig blieb, zeigt seine vorkriegszeitliche Tätigkeit als Kriegsminister, seine chauvinistische Haltung während des Krieges und noch deutlicher seine letzte Tätigkeit als Ministerpräsident.

### Der Streit um die Beute.

Belgrad, 20. Sept. (Südostslawisches Pressebureau.) Ministerpräsident Trumbitsch erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen in der Adriatische-Konferenz erfolglos geblieben seien. Jugoslawien werde die Unabhängigkeit der Stadt Trieste nicht anerkennen. Die Regierung ist ferner, daß bei der italienischen Regierung der gute Wille bestehe, die Verhandlungen über die Verteilung der österreichischen und ungarischen Handelsflotte fortzusetzen und zu beenden.

Belgrad, 20. Sept. (Südostslawisches Pressebureau.) Die Kammer hat den Friedensvertrag mit Österreich angenommen.

### Polens Judenverfolgungen.

Kowno, 19. Sept. (Litauische Telegrammagatur.) Jüdische Bürger Polens fliehen scharenweise über die litauische Grenze, um vor den polnischen Judenverfolgungen und einer rücksichtslosen Mobilisation Schutz zu suchen. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen versetzt.

### Die Leuerung im Ausland.

Bei der Beurteilung der Verhältnisse in den anderen Ländern, wie sie sich nach dem Kriege gestaltet haben, sind wir fast ausschließlich auf bürgerliche Presseberichte angewiesen. Presseberichte, deren einseitige, arbeitserfahrene Färbung uns mit dem größten und durchaus berechtigten Mißtrauen gegen alle derartigen Mitteilungen erfüllen muß. Infolge dieses Mangels an glaubwürdigen Nachrichten gewinnt jede wirklich einwandfreie Mitteilung natürlich an Bedeutung und Wert.

Der frühere demokratische Abgeordnete Dr. Wilhelm Vershofen hat eine mehrwöchige Reise durch die Schweiz, Italien, Deutsch-Oesterreich und die Tschecho-Slowakei unternommen und in einem öffentlichen Vortrag über seine Erfahrungen und Beobachtungen berichtet. Zwar ist Dr. Vershofen kein Sozialist. Aber er bekämpft den Kapitalismus genau so wie wir. Und er steht unserer sozialistischen Welt- und Geschichtsauffassung so nahe, daß er die Dinge und Menschen aber durch eine marxistische, als durch eine bürgerliche Brille sieht. Es dürfte daher für die Parteigenossen von größtem Interesse sein, von diesem ausgezeichneten Beobachter einiges über die Verhältnisse im Ausland zu hören.

In erster Linie versuchte Dr. Vershofen, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, zu erforschen, ob die allgemeine Leuerung, die bei uns besteht, auch auf die anderen Länder zutrifft, und ob Hand in Hand mit dieser Leuerung die Kaufkraft des Geldes ebenso nachgelassen hat. Er geht von der sehr richtigen Erkenntnis aus, daß die Leuerung nicht durch Bücher, Schiebettel und Spekulation entstanden ist, sondern einzig und allein aus der Warenknappheit. Wie die anderen ausgeführten Erhebungen sind erst Folgen des Warenmangels, Folgen, die sich mit Selbstverständlichkeit in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung einstellen.

Dr. Vershofen stellte fest, daß die Leuerung in der Schweiz gegenüber der Friedenszeit etwa 175 Proz. beträgt. Demgegenüber sind die Einkommen nur um 50 bis 75 Proz. gestiegen. Außerdem ist die Kaufkraft des Geldes in der Schweiz eine künstlich erhöhte, weil Anleihen in anderen Ländern aufgenommen worden sind. In Italien sind die Preise 8 1/2 mal so hoch wie im Frieden, d. h. um 750 Prozent gestiegen, während die Einkommen nur fast um 100 Prozent, also um 500 Prozent gestiegen sind. Auch in Italien gibt es einen freiwilligen Käuferstreik, so werden z. B. keine Früchte gekauft. Am schlimmsten ist es in Oesterreich, wo die Preise um 4000 Prozent gestiegen sind. In Oesterreich sind 100 Kronen billiger, eines von 300 Kronen nichts Besonderes. Die billigste Zigarre kostet 10 Kronen.

Schon äußerlich kann man das Sinken des Geldwertes in einem Lande erkennen — an den Geldnoten, die es dort gibt. Gold ist nirgend mehr zu finden. Dagegen gibt es in der Schweiz noch sehr viel Silbergeld, nicht nur Schweizer Währung, sondern aus sämtlichen lateinischen Staaten. In Italien gibt es schon kein Silbergeld mehr, aber doppelte Kupfermünzen in großer Anzahl. In Oesterreich hat es nur Papiergeld. Uebrigens hat schon die Kriegszeit gezeigt, wie ein Irrtum es ist, dem Gold die entscheidende Bedeutung für die Kaufkraft zuzuschreiben. „Mit Gold kann ein Land auf die Dauer nicht kaufen.“ So verhielt sich während des Krieges Holland und Schweden die Einfuhr von Gold. (Der Goldschiff gegen Deutschland.) Sie wählten Industrieerzeugnisse.

Auch die Schweiz, die doch vom Kriege ganz verschont geblieben ist, hat wirtschaftlich mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Warenknappheit — als Ursache der Leuerung — ist eine Welterscheinung. Für die Schweiz kommt noch hinzu, daß sie infolge ihres guten Bodens ihre landwirtschaftlichen (Milch, Butter) und industriellen Erzeugnisse (Seide, Maschinen) nicht ausführen (exportieren) kann. Die Industrie ist beschäftigungslos. Aus gleicher Ursache fehlt auch der Fremdenverkehr, von dem vor dem Kriege die Hälfte der Schweizer Bevölkerung lebte. 80 Prozent der Hotels sind geschlossen. In Ostschweiz, die auf 100 bis 120 Personen eingerichtet ist, war während des Krieges oft der einzige Gast.

Ähnlich ist es in Italien, wo nicht nur der Fremdenverkehr fehlt, sondern auch das Geld. Die Arbeiter in der Schweiz leben in der Heimat — wie kam. Die Arbeitslosigkeit ist unheimlich. Als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit ging man in Italien energisch an den Wiederaufbau des Kriegesgebietes. Die zerstörten Ortschaften sind zu etwa 70 Prozent wieder aufgebaut, und zwar gut gebaut. Als zweite Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit hält Italien ein riesiges Heer unter Waffen, was zum Teil allerdings auch dadurch wird durch die Gefahr eines Krieges mit den Slawen. Aber ob die Arbeitslosen nun als Arbeitslose oder als Soldaten am Leben erhalten werden, ist natürlich volkswirtschaftlich für ein Land genau so verwerflich.

Auffällig ist es, wie wenig deutsche Erzeugnisse im Ausland angesetzt werden. Selbst von Industriellen in demselben Lande den Vorrat hatten (Spielwaren, Porzellan). „Die Zeit, in der wir trotz hoher Preise exportieren konnten, ist vorbei!“ sagt Dr. Vershofen. Es wird für unsere Zukunft sehr bedauerlich sein, ob es uns gelingt, durch einen Krieg, durch



gute und geschmackvolle Waren den verlorenen Boden mit der zu gewinnen.

Welche Folgerungen sind nun aus den geschilderten Tatsachen für die wirtschaftliche und politische Zukunft der Ukraine zu ziehen? Hierüber kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur die im Weltkrieg besiegten Länder, sondern auch die Siegerstaaten und nicht minder die neutral gebliebenen Völker einer unabwendbaren wirtschaftlichen Katastrophe entgegen eilen — die einen natürlich langsamer als die anderen — wenn nicht in der heuligen Wirtschafts- und Produktionsweise eine Veränderung eintritt.

Für Italien kommt noch hinzu, daß es anscheinend vor denselben inneren Unruhen steht, wie wir sie in Deutschland hatten. In Österreich — nützt Polen und Ungarn — ist die Lage am schrecklichsten. Weder Österreich noch die lang gezogene, eingestülpte Tschecho-Slowakei sind lebensfähig. In Österreich hat man das auch erkannt und erhebt den Anspruch auf Deutschland.

Dr. Vershoren beurteilt wie wir die bisherige Produktionsweise. Er kommt wie wir zu der Erkenntnis, daß die kapitalistische Wirtschaft uns keine Rettung bringen kann. Er ermahnt diese Weltung von einer Währungsreform. Wir haben nun ohne weiteres zu, daß für ein Warerland die Währungsreform in der Besondere ist. Für ein industrielles Land aber die wirtschaftliche Umgestaltung einzig und allein von der Umgestaltung der Landwirtschaft zu erwarten, erhebt uns zu einseitig. Doch darin stimmen wir mit Dr. Vershoren überein: Europa ist ein Vorkriegsland, von dem die Operationen nur in Etappen vorgenommen werden kann. Das heißt, wir können von der kapitalistischen Krankheit nicht durch Gewalttaten befreit werden, sondern nur durch eine organische Umgestaltung. Daß diese Umgestaltung, ja Neugestaltung bald kommen muß, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen, wird — wie das Beispiel Dr. Vershoren zeigt — auch in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr eingesehen.

## Deutschland.

### Dem Krankenlager der U. S. P.

Über den Kampf um Moskau innerhalb der U. S. P. ist in Berlin, daß eine Mitgliederversammlung in Köln sich für die Moskauer Bedingungen erklärte, ebenso der 11. Berliner Distrikt und der Wahlkreis Senner-Romsheld. Dagegen hat Reichstag einstimmig gegen die Bedingungen gestimmt. — Der unabhängige Abgeordnete Ludwig teilte in der „Freiheit“ mit, daß von den 29 Organisationsbezirken im letzten Vierteljahr 12 keine Beiträge (1) abgeführt haben. — Die Partei der Arbeitergespaltener erntet jetzt, was sie gesät hat.

## Ausland.

### Aus der Regierung hinausgerungen.

Das Schreiben der sozialdemokratischen Minister Lufar, Meißner, Leo Winter, Haberman, Johannis, Derrer und Barlowitz, mit dem sie der Prager Parteileitung ihren Rücktritt anzeigten, enthält nach einer Uebersicht der geleisteten Arbeit folgende bemerkenswerten Stellen:

„Ich habe die Regierung eine Reihe von Vorlagen vorbereitet, nicht nur von großer sozialpolitischer Wichtigkeit, sondern geradezu Sozialisierungsvorlagen. Die Sozialisierung sollte in erster Linie die Bergwerke treffen, worauf die weiteren industriellen Großbetriebe hätten folgen sollen. Mitten in dieser unserer Aufgabe müssen wir infolge der Verhältnisse, welche sich in der Partei entwickelt haben, innehalten.“

Wir haben in der Regierung nur mit größter Selbstverleugung und mit größten persönlichen Opfern ausgehalten. Waren wir doch fast täglich der Gegenstand der argsten und niedrigsten Angriffe. Die argsten Nachreden und Unwahrheiten sollten uns in den Augen der gesamten Arbeiterklasse herabsetzen.

Jede Schwächung der Partei bedeutet auch eine Schwächung unserer Position in der Regierung. Durch die Erklärung der Genossen, welche sich zum Kommunismus bekennen, wurde die Sozialdemokratische Partei in ihrer Bedeutung ungewöhnlich erschüttert. Denn aus jener Erklärung geht hervor, daß diese Richtung ohne Vorbehalt auf die Bedingungen der Dritten Internationale eingeht, daß sie also nicht nur den Namen der Partei verläßt, unter welchem sich jahrzehntlang die opferwilligen und treuen Parteigenossen konzentriert haben, sondern auch vollständig mit den weiteren Bedingungen übereinstimmt, wonach die Partei aller jener sich entziehen soll, welche auf der Selbstständigkeit der Partei verharren, und daß die Richtung der Politik der Partei sich nicht nach den Verhältnissen dieses Staates und nach den Bedürfnissen der tschechoslowakischen Arbeiterklasse, sondern nach den Entscheidungen und dem Diktat einiger weniger Personen in Rußland richten soll.

Bei dieser Sachlage ist unser Verharren in der Regierung unmöglich, denn wir könnten bei der Durchsetzung unserer Forderungen in der Regierung nicht die ganze Partei und ihre volle Bedeutung ins Gewicht werfen und wären in unserem Vorgehen von fremden Personen, welche die Verhältnisse in unserer Republik nicht kennen und an deren Entscheidung sie kein Interesse haben, abhängig.

Gegen den Rücktritt stimmten fünf Parteivorstandsmitglieder.

Die Partei fordert Neuwahlen, und „Bravo libu“ erwartet eine sozialistische Mehrheit, wenn der ganze Staat wagt, was bisher nicht der Fall war. Geht auf eine solche Mehrheit, könnte nach „Bravo libu“ eine reinsozialistische Regierung diktiert werden.

Über ein richtiger Bolschewist will ja von einer Mehrheit durch allgemeine Wahlen überhaupt nichts wissen.

Die tschechischen Arbeiter dürften den „Segen“ der von den „Rabiaten“ erzwungenen Abstimmungspolitik bald am eigenen Leibe verspüren. Was man entgegen den sozialistischen Maßnahmen der bisherigen sozialistischen Regierung von der neuen Beamtenregierung erwarten kann, zeigen die von uns am Sonnabend veröffentlichten Kommentare.

### Lenin für Hinrichtung der Sozialdemokraten.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“, Dr. J. C. Serrano, hat wie er der „Dema“ mitteilt, an Lenin die Anfrage gerichtet, welche Ermüdung die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgebrachten Angriffe zu geben hätte, ganz besonders soweit sie die Forderung der Hinrichtungen zahlreicher Gegner des Bolschewismus be-

tragen. Serrano hat heute daraufhin von Lenin ein Funktelegramm erhalten, in dem er u. a. folgendes sagt: „In der Rede, die ich auf dem letzten Moskauer Kongress der Kommunistischen Internationale hielt, wies ich nach, daß die Aufstellungen und Grundzüge Dittmanns und Crispians sich durchaus mit denen Lenins decken. Es ist ganz natürlich, daß auch wir Crispian und Dittmann mit dem Bolschewismus unzufrieden sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst bedauerlich, erregte der Bolschewismus die Zufriedenheit solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche Bourgeoisien dem vorbestimmten Ziel, die sich in nichts von unseren Menschenkenntnissen unterscheiden, in dem Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der Bourgeoisie sich finden.“

Die Hinrichtungen Lenins Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, verliert es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschenkenntnissen hinrichten, eine Last, die selbstverständlich ihm nicht zuzulassen kann.

Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die Dritte Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich, ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, in ihren Reihen zugelassen würden.“

Lenin erwidert sich ferner für Arbeiterdeputationen aus Westeuropa, die nach Rußland kommen wollen, drei Viertel der Kosten zu tragen. Der „Vorwärts“ sagt hierzu: Für Deutschland dürfte wohl die Entsendung einer solchen Deputation nicht mehr nötig sein. Die Zusagen der SD aus Kolonna zurückgekehrten deutschen Auswanderer, deren Zugehörigkeit zum Proletariat Lenin wohl nicht bestreiten wird, genügen vollkommen. Allerdings ist uns nicht bekannt, daß Lenin diesen bis auf heute ausgesprochenen Leuten drei Viertel ihrer Kosten erstattet hätte!

Davon abgesehen, ist die Erklärung Lenins ein Dokument für den päpstlichen Unfehlbarkeitsbann in Moskau. Nur ein System, das mit brutaler Gewalt herrschen und nicht überzeugen will, kann Freie darüber äußern, daß es nicht einmal imstande ist, bei Deuten moralische Eroberungen zu machen, die sich so gern moralisch hätten erobern lassen, wie Crispian und Dittmann.

Bei den Danziger Unabhängigen, namentlich bei ihren ganz wackelnden „Revolutionären“, wächst jedoch ständig die Zuneigung für den Bolschewismus, dessen oberster Hauptgegner die Verhängung von Sozialdemokraten für unbedingt notwendig erklärt.

### Russische Drohung nach Budapest.

Tschickherin erklärt in einem an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichteten Telegramm, daß die angeklagten Volkskommissare unter Rußlands Schutz ständen. Gegen 1000 ungarische Offiziere, die sich noch immer in Rußland befänden, würden nach einem Konzentrationslager geführt und das Schicksal der in Budapest angeklagten teilen.

### Ausfall der schwedischen Reichstagswahl.

Von den 230 Mandaten in der zweiten schwedischen Kammer sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 59 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 14 Mandate erhalten und 6 gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten, 4 gewonnen und 13 verloren. Die Sozialdemokraten, die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 gewonnen und 9 verloren. Die Linkssozialisten (S. Internationale) haben kein Mandat erhalten und ihre 2 verloren.

Die noch ausstehenden Ergebnisse von Stockholm und Göttingen dürften für unsere Genossen günstig sein.

### Ein englischer Wahrheitskäufer.

In „Pearsons Magazine“ schildert der englische Journalist Konrad die Zustände in Deutschland. Das Elend sei entsetzlich. Man lebe von Getreide, Rohkaffee und Kartoffeln. Es gäbe keinen Zucker, keine Milch, keine Butter, keinen Kaffee, mit einem Wort nichts. All dieses Mißgeschick aber hielte die Deutschen nicht von der Förderung des Dramas, der Kunst und der Kunst ab. Die Opern- und Theateraufführungen seien geradezu unübertrefflich gewesen, ebenso der Druck und der Bilderdruck. Die Deutschen seien traurig, dieck und leben hungrig aus, aber sie hätten einen unerschütterlichen Glauben an ihre Zukunft und nur den einen Wunsch zu arbeiten und sich wieder auszurichten.

### Abrechnung mit den Wiener Kommunisten.

In einer am 13. September von 1500 Vertrauensmännern besuchten Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Wiens kam es zu einer scharfen Abrechnung mit den Kommunisten. Zur Erörterung standen die Fragen der Parteitaktik bei den kommenden Wahlen. Dr. Frey sprach sich gegen jede Koalition mit den Christlichsozialen oder mit anderen bürgerlichen Parteien aus und forderte eine Politik der Tat. Die übrigen sozialdemokratischen Redner, insbesondere der frühere Staatssekretär für Auswärtiges Dr. Otto Bauer, wendeten sich gegen Dr. Frey und verlangten die Bildung einer geschlossenen Front von rechts und die Aufrechterhaltung der Parteibildung. In einer mit 12 Stimmen angenommenen Resolution wurde das Vorgehen der Gruppe Frey als grober Mißbrauch bezeichnet und ihm die schärfste Mißbilligung und Entziehung ausgesprochen. Die Vertrauensmänner verlangten, daß die Arbeiterklasse alle Kräfte für den Wahlkampf konzentrierte und an der Einheitsfront unbedingt festzuhalten habe.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz in Prag beschloß, die Kommunisten aus der Partei auszuschließen.

### Die Buchdrucker erwachen!

Man schreibt uns: Das „Freie Volk“ brachte vor einigen Tagen einen bürgerlichen Blätterentwurf, der sich mit der Haltung der Buchdrucker in der Zukunft befaßt und kündigt an, die Bewegung, die sich in der letzten Zeit in der Revolutionierung der Arbeit der Jünger von der „Schnur des Mannes“ fühlender Buchdrucker hat das „Freie Volk“ auf diese Weise gebracht.

In einem kürzlichen Übergang ist es in dem Betriebe der „Freie-Volk“-Zeitung in Elberfeld gekommen. Das technische Personal zeigte sich einem politischen Leitartikel zu, der den Titel „Verfassungslage“ führte und sich u. a. grundlegend mit den Verhältnissen befaßt, die sich aus einem Beschluß der Elberfelder Elberfelder Buchdruckerunion ergaben.

gaben, der folgenden Wortlaut hatte: „Die heute am 26. August tagende Buchdruckerunion beruht auf der Tatsache, daß jedes journalistische Institut eine bare Schreibung des bei der Firma Buchmeister hergestellten bürgerlichen Vorworts. Sie verlangt von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie in Zukunft jede Handreichung verweigern, Zeitungsaufträge in die Welt zu setzen, die zur Arbeitergespaltung beitragen und ihre amerikanischen Führer mit Schmutz bewerfen. Der Buchdrucker ist Buchdrucker und kein Arbeiter.“ Der Verlag hat in der Begründung, den Leitartikel zu setzen, eine Person der technischen Personals über die Arbeit der Redaktion erlitten, die in keiner Weise zugeordnet werden kann, da dies für das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe einen verhängnisvollen Präzedenzfall schaffen würde. Das Personal ist daraufhin in den Streik getreten.

Ein Vorgang, der trotz dieser wirren Zeit wohl nicht alle Tage passiert, der jedoch keine Licht- und Schattenseiten hat. Wollte man hierin zu einer Verallgemeinerung schreiten, dann dürfte der deutsche Blätterwald gewiß recht bald ganz bedeutende Schäden aufweisen, die teilweise sogar nicht mehr ausgefüllt werden könnten, was allerdings keinen allzu großen Schaden verursachen würde. Gemeint sind hierbei aber nicht nur ein großer Teil bürgerlicher Blätter, sondern auch ein Teil überparteilicher, die es sich speziell zur Aufgabe gemacht haben, der Arbeitergespaltung immer mehr Vorwand zu leisten. Wenn dann aber ausgerechnet das „Freie Volk“ nach davon spricht, daß Pressefreiheit nicht gleichbedeutend mit Ungeheuerlichkeit ist, dann lautet es genau in dieselbe verwerfliche Reihe, wie gewisse Rechtspropaganden. Beispiele für diese Abhängigkeit der Freiheit haben wir hier in letzter Zeit des öfteren erleben dürfen, nicht bloß allein in der Schreibweise jenes Blattes, sondern auch im Augenwischen einiger sattem bekannten Elberfelder Blätter.

Gerade die Danziger Verhältnisse zetteln täglich neue Blätter der Überparteilichen. Rad den Anschein erweckend, als hätten gedruckte Art gepriesen zu werden, wandeln sie bei den wichtigsten Fragen in dem mit ihren eigenen feindlichen Bestrebungen der rechten Seite, wohlwissend, wie schädlich dies praktisch wirkt für die Arbeiterklasse und wohlwissend, daß die Morgenblätter von Rußland vorläufig noch auf dem Grunde steht. Hierin hat ihnen ja selbst Wilhelm Dittmann eine harte Fuß zu machen gegeben. Und nun kommt noch Adolf Hoffmann, der auf der Reichskonferenz der U. S. P. erklärt, daß er noch nie dem Terror das Wort geredet hat; es kommt nicht auf den Namen der Partei an, sondern auf das, was dahinter steht. Jag doch dieser Held vor kurzer Zeit aus Danzig Holz von dannen, wo er im Verein mit Frau Käthe Ben durch äußerliche Terroranwendung eine von der Sozialdemokratie nach oben einberufenen Versammlung zu sprengen versuchte. Wenn heute Frau Ben nicht mehr daran erinnert sein will, dann steht es trotzdem immer noch fest, daß sie als treue Gefährtin „Kollins“ damals gut gekündet hat.

Vielles ließe sich hierzu noch anführen und deshalb soll man sich nicht darüber wundern, wenn bürgerliche Blätter daselbst Mäander ausführen. So lange die Massen des Volkes den Rebell des Viehes noch nicht durchbrochen haben, so lange wird eben dieser Zustand dauern und darum ist es auch kein Wunder, wenn die bürgerlichen Blätter sich alles zu eigen machen. Schmutzpropaganda und willkürliches Pressezergericht hat es schon vor Jahrzehnten gegeben, vielmehr jetzt, wo ein gedrucktes Volk aus tausend Wunden blutet und noch irgendeinem Ausweg strebt, der es zum Licht empor bringen soll. Schmer wird es sein, aber Kraft und Muth, Ausdauer und guter Wille, Selbstachtung und Selbstbehauptung werden und müssen uns zu den lichten Höhen bringen, die das Ziel des Sozialismus sind. Mit dieser inneren Ueberzeugung versehen, wird es auch gelingen, eine Internationale zu schaffen, an der alles uns feindliche zerbrechen muß.

Gewinne für diesen Erfolg kann aber auch nur die unbedingte „Freiheit der Presse“ bieten, denn jede Beschränkung der Pressefreiheit führt zur geistigen Anarchie und bedeutet einen Kulturrückschritt. Erhalten wir uns also diese Freiheit! Wagt man aber, uns im Kampfe für das heiligste Menschenrecht, für Fortschritt und Freiheit, aufzuhalten, dann werden auch die Buchdrucker ihren Mann stehen und sie nicht die schlechtesten, wie es seinerzeit der berühmte Rapp-Buchdrucker gesagt hat, das sollte auch das „Freie Volk“ wissen. Für die Zukunft gilt für die Buchdrucker im ähnlichen Falle folgendes:

Die Mitglieder des „F. d. V.“ verweigern bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nur die Zeitungen her, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterklasse als maßgebende Publikationsblätter gewählt werden.

Zu dieser Selbstverständlichkeit gehört noch keine „Revolutionierung der Röhre“ im Sinne des „F. V.“. Jedem Gewerkschafter und jedem Politiker muß ein bestimmtes Ziel vor Augen schweben, nach dem im gegebenen Augenblick gehandelt werden muß. Diesem schwebt die Elberfelder Buchdrucker schon begegnet zu sein. Deshalb ist es vom „F. V.“ ziemlich umfassend gehandelt, die Buchdrucker-gewerkschaft als diejenige zu bezeichnen, die bisher sich dem Diktat der Zeit noch am meisten entzogen hat. Wenn man so wenig Abnung von der Buchdrucker-geschichte hat, sollte man gelegentlich mal die vor nicht allzu langer Zeit herausgegebene 50 jährige Verbandsgeschichte etwas durchsehen. Aber auch das Revolutionsjahr 1848 legte von dem Revolutionsgeist der Buchdrucker genügend Zeugnis ab und so mancher Kollege dürfte dem nachher wieder mit voller Kraft einsehenden alten Preußengeist weichen. Die weitere Entwicklung lehrt aber ebenfalls, daß in gewerkschaftlicher Beziehung wirkliche Vionierarbeit von den Buchdruckern geleistet wurde und die politische Betätigung auch zu ihrem Rechte kam. Freilich war es unter wilhelminischen Polizeijähr doppelt schwer, aber es ging trotzdem vorwärts. Wenn jedoch der Revolutionssturm 1918 auch nicht in alle Winkel hineingefegt hat, dann hat es eben andere Ursachen gehabt. Das vereinte Proletariat hatte schon während des Krieges den großen Riß erhalten, der bis heute noch nicht überliefert ist. Schärfer blutet er sich aber während der Revolutionen. Daher. Der Rührmahnismus wählte einen Teil der Arbeiterklasse, und eifrige Schärfer dieses Gedankens sehen in diesem auch jetzt noch die Richtung. Mit dem Schlagwort: „Alle Macht den Arbeiterräten“ versucht man die Unmöglichkeit dieses Gedankens zu überbrücken, wohlwissend, daß doch nur ein gemeinsames Wirken uns aus diesem Jammer herausheilen kann. Nichts hätte man dagegen, wenn es wirklich so gehen würde wie „Freie“ würde man mitarbeiten, aber aus was will man etwas schaffen? Diktator und Rührmahnismus können uns niemals beibringen, was ein gemeinsamer Wille, getragen von einer gewissen Überkraft wird es schaffen können. Gewiß stehen hierbei noch gewisse Hindernisse im Wege und diese müssen beseitigt werden. Schließen wir deshalb beizeiten die Reihen, tragen wir gemeinsam in alle Hand- und Fußarbeit den unerschütterlichen Einheitswillen zum Fortschritt, dann haben wir unsere Aufgabe erfüllt. Und hierbei werden die Buchdrucker Danzigs ebenfalls nicht fehlen. Selber diesem Diktat der Zeit Rechnung zu tragen, ist der erste Schritt zum Fortschritt. Folgt diesem Rat!



Die Leute drängten sich solche Plagen stundenlang einzufassen. Tol-  
del, hole die Leichenfrau. Die Seelen fliegen schon alle fertig im  
Schnee. Die Frau hat sie genährt, ehe die Albertine kam. Dann



gute und geschmackvolle Waren den verlorenen Boden wieder zu gewinnen.

Welche Folgerungen sind nun aus den geschilderten Tatsachen für die wirtschaftliche und politische Zukunft der Völker zu ziehen? Berechnen kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur die im Weltkrieg besiegten Völker, sondern auch die Siegerstaaten und nicht minder die neutral gebliebenen Völker einer unabwendbaren wirtschaftlichen Katastrophe entgegen sehen — die einen natürlich langsamer als die anderen — wenn nicht in der heutigen Wirtschafts- und Produktionsweise eine Veränderung eintritt.

Für Italien kommt noch hinzu, daß es anscheinend vor denselben inneren Unruhen steht, wie wir sie in Deutschland hatten. In Österreich — nächst Polen und Ungarn — ist die Lage am schlechtesten. Weber Österreich noch die lang gezogene, eingekehlte Tschado-Bismarck sind lebensfähig. In Deutschland hat man das auch erkannt und erstreckt den Umschlag an Deutschland.

Dr. Vershoren vertritt wie wir die bisherige Produktionsweise. Er kommt wie wir zu der Erkenntnis, daß die kapitalistische Wirtschaft eine Krise heraufbringen kann. Er erwartet diese Revolution von einer Reform. Wir geben nun ohne weiteres zu, daß für ein Agrarland die Bodenreform das Entscheidende ist. Für ein industrielles Land aber die wirtschaftliche Umgestaltung, einzig und allein von einer Umgestaltung der Produktionsweise zu erwarten. Erklärt uns an, daß die Umgestaltung der Produktionsweise nur in Etappen vorgenommen werden kann. Das heißt, wir können von der kapitalistischen Wirtschaft nicht durch einen Schlag durchbrechen, sondern nur durch eine organische Umgestaltung. Daß diese Umgestaltung, ja Neugestaltung bald kommen muß, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen, wird — wie das Beispiel Dr. Vershoren zeigt — auch in bürgerlichen Kreisen mehr und mehr eingesehen.

## Deutschland.

### Rom Krankenlager der U. S. P.

Heber den Kampf um Moskau innerhalb der U. S. P. ist zu berichten, daß eine Mitgliederversammlung in Köln sich für die Moskauer Bedingungen erklärte, ebenso der 11. Berliner Parteitag und der Wahlkreis Dänemark-Rheinland. Dagegen hat die Mehrheit der Parteimitglieder die Bedingungen abgelehnt. — Der unabhängige Abgeordnete Erdmich stellt in der „Freiheit“ mit, daß von den 29 Organisationsbezirken im letzten Vierteljahr 12 keine Beiträge (1) abgeliefert haben. — Die Partei der Arbeiterzerfplitterung erntet jetzt, was sie gesät hat.

## Ausland.

### Aus der Regierung hinausgerungen.

Das Schreiben der sozialdemokratischen Minister Tulas, Meigner, Leo Winter, Haberman, Johannis, Derer und Marlowitz, mit dem sie der Prager Parteileitung ihren Rücktritt anzeigten, enthält nach einer Uebersicht der geleisteten Arbeit folgende bemerkenswerten Stellen:

„Jetzt hat die Regierung eine Reihe von Vorlagen vorbereitet, nicht nur von großer sozialpolitischer Wichtigkeit, sondern geradezu sozialisierenden Vorlagen. Die Sozialisierung sollte in erster Linie die Bergwerke treffen, worauf die weiteren industriellen Großbetriebe hätten folgen sollen. Mitten in dieser unserer Aufgabe müssen wir infolge der Verhältnisse, welche sich in der Partei entwickelt haben, inro-

Wir haben in der Regierung nur mit größter Selbstverleugung und mit größten persönlichen Opfern ausgehalten. Waren wir doch fast täglich der Gegenstand der argsten und niedrigsten Angriffe. Die argsten Nachreden und Unwahrheiten sollten uns in den Augen der gesamten Arbeiterschaft herabsetzen.

Jede Schwächung der Partei bedeutet auch eine Schwächung unserer Position in der Regierung. Durch die Erklärung der Genossen, welche sich zum Kommunismus bekennen, wurde die sozialdemokratische Partei in ihrer Bedeutung ungewöhnlich erschüttert. Denn aus jener Erklärung geht hervor, daß diese Richtung ohne Vorbehalt auf die Bedingungen der Dritten Internationale eingeht, daß sie also nur den Namen der Partei verläßt, unter welchem sich jetzt die Partei der Arbeiterzerfplitterung mit den weiteren Bedingungen übereinstimmt, wonach die Partei aller jener sich entziehen soll, welche auf der Selbstständigkeit der Partei verharren, und daß die Richtung der Politik der Partei sich nicht nach den Verhältnissen dieses Staates und nach den Bedürfnissen der tschechoslowakischen Arbeiterschaft, sondern nach den Entscheidungen und dem Diktat einiger weniger Personen in Rußland richten soll.

Bei dieser Sachlage ist unser Verharren in der Regierung unmöglich, wenn wir können bei der Durchführung unserer Forderungen in der Regierung nicht die ganze Partei und ihre volle Bedeutung ins Gewicht werfen und wären in unserem Vorgehen von fremden Personen, welche die Verhältnisse in unserer Republik nicht kennen und an deren Entscheidung sie kein Interesse haben, abhängig.

Gegen den Rücktritt stimmten fünf Parteivorstandsmittelglieder.

Die Partei fordert Neuwahlen, und „Bravo libu“ erwartet eine sozialistische Mehrheit, wenn der ganze Staat wählt, was bisher nicht der Fall war. Gestützt auf eine solche Mehrheit, könnte nach „Bravo libu“ eine reinsozialistische Regierung diktorisch regieren.

Aber ein richtiger Bolschewist will ja von einer Mehrheit durch allgemeine Wahlen überhaupt nichts wissen.

Die tschechischen Arbeiter dürften den „Segen“ der von den „Radikalen“ erwarteten Abstinentenpolitik bald am eigenen Leibe verspüren. Was man entgegen den sozialistischen Maßnahmen der bisherigen sozialistischen Regierung von der neuen Beamtenregierung erwarten kann, zeigen die von uns am Sonnabend veröffentlichten Kommentare.

### Lenin für Hinrichtung der Sozialdemokraten.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“, Mr. J. C. Segrus, hat wie er der „Dena“ mitteilt, von Lenin die Anfrage gerichtet, welche Umwandlung die Sowjetregierung auf die von den deutschen Unabhängigen vorgeschlagenen Angriffe zu geben hätte, ganz besonders soweit sie die Anklage der Hinrichtungen zahlreicher Gegner des Bolschewismus be-

gen. Segrus hat heute daraufhin von Lenin ein Funktelegramm erhalten, in dem er u. a. folgendes sagt: „In der Frage, die ich auf dem letzten Moskauer Kongress der kommunistischen Internationale hielt, wies ich nach, daß die Auffassungen und Grundzüge Dittmanns und Crispians sich durchaus mit denen Lenins decken. Es ist ganz natürlich, daß Lenins wie Crispian und Dittmann mit dem Bolschewismus anzuknüpfen sein müssen. Es wäre in der Tat auch höchst bedauerlich, erregte der Bolschewismus die Justizbehörden solcher Leute. Es ist nur natürlich, daß solche bürgerlichen Demokraten der vorbestimmten Art, die sich in nichts von anderen Menschen unterscheiden, in dem Entscheidungsschlusse zwischen Proletariat und Bourgeoisie sehr häufig im Lager der Bourgeoisie sich finden.“

Die Hinrichtungen scheinen Dittmanns Empörung erregt zu haben, aber in solchen Fällen, wie er sie im Auge hat, verlegt es sich von selbst, daß revolutionäre Arbeiter Menschenverstand hinrichten, eine Taktik, die selbstverständlich ihm nicht zuzugestehen kann.

Es wäre wahrhaftig eine traurige Sache für die Dritte Internationale, wenn Leute von Dittmanns Art, ganz gleich, ob sie Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, in ihren Reihen zugelassen würden.

Lenin erbot sich ferner für Arbeiterdeputationen aus Osteuropa, die Ausland Besuchen wollen, drei Viertel der Kosten zu tragen. Der „Vorwärts“ sagt hierzu: Für Deutschland dürfte wohl die Entsendung einer solchen Deputation nicht mehr nötig sein. Die Ausgaben der 80 aus Kolonien zurückgekehrten deutschen Auswanderer, deren Zugehörigkeit zum Proletariat Lenin wohl nicht bestreiten wird, genügen vollkommen. Allerdings ist uns nicht bekannt, daß Lenin diesen bis aufs Hemd ausgeplünderten Leuten drei Viertel ihrer Unkosten ersetzt hätte!

Davon abgesehen, ist die Erklärung Lenins ein Dokument für den päpstlichen Unfehlbarkeitsdiktat Moskows. Nur ein System, das mit brutaler Gewalt herrschen und nicht überzeugen will, kann Freude darüber äußern, daß es nicht einmal imstande ist, bei Leuten moralische Eroberungen zu machen, die sich zu gern moralisch hätten erobern lassen, wie Crispian und Dittmann.

Bei den Danziger Unabhängigen, namentlich bei ihren ganz wackelhaften „Revolutionären“, wächst jedoch stündlich die Zuneigung für den Bolschewismus, dessen oberster Hauptling sogar die Abhängigkeit von Sozialdemokraten für unbedingt notwendig erklärt.

### Russische Drohung nach Budapest.

Tschischewski erklärt in einem an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichteten Telegramm, daß die angeklagten Volkskommissare unter Rußlands Schutz ständen. Gegen 1000 ungarische Offiziere, die sich noch immer in Rußland befinden, würden nach einem Konzentrationslager geführt und das Schicksal der in Budapest Angeklagten teilen.

### Ausfall der schwedischen Reichstagswahl.

Von den 230 Mandaten in der zweiten schwedischen Kammer sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 39 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 14 Mandate erhalten und 6 gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten, 4 gewonnen und 19 verloren. Die Sozialdemokraten, die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 gewonnen und 9 verloren. Die Linksozialisten (3. Internationale) haben kein Mandat erhalten und ihre 2 verloren.

Die noch ausstehenden Ergebnisse von Stockholm und Götterburg dürften für unsere Genossen günstig sein.

### Ein englischer Wahrheitskühner.

In „Pearsons Magazine“ schildert der englische Journalist Konoby die Zustände in Deutschland. Das Glend sei entsetzlich. Man lebe von Gelbrüben, Kohl und Kartoffeln. Es gäbe keinen Zucker, keine Milch, keine Butter, keinen Kaffee, mit einem Wort nichts. All dieses Mißgeschick aber hielte die Deutschen nicht von der Förderung des Dramas, der Kunst und der Kunst ab. Die Opern- und Theaterveranstaltungen seien geradezu unübertrefflich gewesen, ebenso der Bräut und der Bilderdruck. Die Deutschen seien traurig, dieß und sehen hungrig aus, aber sie hätten einen unerschütterlichen Glauben an ihre Zukunft und nur den einen Wunsch zu arbeiten und sich wieder aufzurichten.

### Abrechnung mit den Wiener Kommunisten.

In einer am 15. September von 1500 Vertrauensmännern besuchten Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Wiens kam es zu einer scharfen Abrechnung mit den Kommunisten. Zur Erörterung standen die Fragen der Parteizusammensetzung bei den kommenden Wahlen. Dr. Frey sprach sich gegen jede Koalition mit den Christlichsozialen oder mit anderen bürgerlichen Parteien aus und forderte eine Politik der Tat. Die übrigen sozialdemokratischen Redner, insbesondere der frühere Staatssekretär für Auswärtiges Dr. Otto Bauer, wendeten sich gegen Dr. Frey und verlangten die Bildung einer geschlossenen Front von rechts und die Aufrechterhaltung der Parteizucht. In einer mit allen gegen 12 Stimmen angenommenen Resolution wurde das Vorgehen der Gruppe Frey als grober Disziplinbruch bezeichnet und ihr die scharfe Mißbilligung und Entziehung ausgesprochen. Die Vertrauensmänner verlangten, daß die Arbeiterschaft alle Kräfte für den Wahlkampf konzentriere und an der Einheitsfront unbedingt festzuhalten habe.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz in Prag beschloß gestern, die Kommunisten aus der Partei auszuschließen.

### Die Buchdrucker erwachen!

Man schreibt uns: Das „Freie Volk“ brachte vor einigen Tagen einen bürgerlichen Blätter ausgenommen Artikel, der sich mit der Haltung der Buchdrucker in Österreich beschäftigte und kritisierte, daß die Forderung, daß keine mündliche Kündigungen einer Revolutionierung der Partei der Jünger von der „Schwarzen Hand“ fähiger Sachverhalt hat das „Freie Volk“ auf diese Weise gebracht.

In einem ähnlichen Übergang ist es in dem Betriebe der Bergisch-Märkischen Zeitung in Elberfeld gekommen. Das technische Personal weigerte sich, einen politischen Zeitungsartikel zu setzen, der den Titel „Verfassungslage“ trug und sich u. a. grundlegend mit den Zusammenhängen befaßte, die sich aus einem Beschluß der Centralgruppe Elberfeld des Buchdruckerbundes er-

gaben, der folgenden Wortlaut hatte: „Die heute am 28. August tagende Buchdrucker-Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste die in der bürgerlichen Presse, insbesondere in der „Schwarzen Hand“ und in der „Freien Presse“ hergestellten bürgerlichen Vorurteile. Sie verlangt von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie in Zukunft jede Forderung verweigern, Zeitungsartikel in die Welt zu setzen, die zur Arbeiterzerfplitterung beitragen und ihre anerkannten Führer mit Schmutz beschreiben. Der Buchdrucker ist Buchdrucker und kein Anzeigenverkäufer.“ Der Verlag hat in der Weigerung, den Zeitungsartikel zu setzen, eine Forderung des technischen Personals über die Arbeit der Redaktion erblickt, die in keiner Weise zugebilligt werden kann, da dies für das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe einen verhängnisvollen Präzedenzfall schaffen würde. Das Personal ist daraufhin in den Streik getreten.

Ein Vorgang, der trotz dieser Wirren Zeit wohl nicht alle Tage passiert, der jedoch keine Licht- und Schattenseiten hat. Wollte man hierin zu einer Verallgemeinerung schreiten, dann dürfte der deutsche Blätterwald gewiß recht bald ganz bedeutende Schäden aufweisen. Die teilweise sogar nicht mehr ausgefüllt werden könnten, was allerdings keinen allzu großen Schaden verursachen würde. Gemeint sind hierbei aber nicht nur ein großer Teil bürgerlicher Blätter, sondern auch ein Teil liberaler Blätter, die es sich speziell zur Aufgabe gemacht haben, der Arbeiterzerfplitterung immer mehr Vorschub zu leisten. Wenn dann aber ausgerechnet das „Freie Volk“ noch davon spricht, daß Pressefreiheit nicht gleichbedeutend mit Ungeheuerlichkeit ist, dann hat es genau in dieselbe verkehrte Herbe, wie gewisse Rechtsparteien. Beispiele für diese Ausnutzung der Freiheit haben wir hier in letzter Zeit des öfteren erleben dürfen, nicht bloß allein in der Schreibweise jenes Blattes, sondern auch im Augenwiedrehen einiger faßsam bekannten Überwelts-führer.

Gerade die Danziger Verhältnisse zeitigen täglich neue Blüten der Heberadikalen. Bald den Anschein erweckend, als hätten geistige Kräfte geprüft zu werden, wandeln sie bei den wichtigsten Fragen Arm in Arm mit ihren angeblichen feindlichen Weibern der rechten Seite, wohlwissend, wie schädlich dies praktisch wirkt für die Arbeiterklasse und wohlwissend, daß die Morgenröte von Rußland vorläufig noch auf dem Monde steht. Hierin hat ihnen ja selbst Wilhelm Dittmann eine harte Nuß zu knaden gegeben. Und nun kommt noch Adolf Hoffmann, der auf der Reichskonferenz der U. S. P. erklärt, daß er noch nie dem Terror das Wort geredet hat; es kommt nicht auf den Namen der Partei an, sondern auf das, was dahinter steht. Sag doch dieser Held vor kurzer Zeit aus Danzig stolz von dem, wo er im Herbst mit Frau Käthe Neu durch äußerste Terroranwendung eine von der Sozialdemokratie nach China einberufenen Versammlung zu sprengen versuchte. Wenn heute Frau Neu nicht mehr daran erinnert sein will, dann steht es trotzdem immer noch fest, daß sie als treue Gefährtin „Adolfs“ damals gut gehandelt hat.

Dieses ließe sich hierzu noch anführen und deshalb soll man sich nicht darüber wundern, wenn bürgerliche Blätter dasselbe Randver-einführen. So lange die Massen des Volkes dem Rebell des Nichts noch nicht durchbrochen haben, so lange wird eben dieser Zustand dauern und darum ist es auch kein Wunder, wenn die bürgerlichen Blätter sich alles zu eigen machen. Schmutzoperium und willkürliches Preßerzeugnis hat es schon vor Jahrzehnten gegeben, vielmehr jetzt, wo ein gedrucktes Volk aus tausend Munden blüht und nach irgendeinem Ausweg strebt, der es zum Licht empor bringen soll. Schöner wird es sein, aber Kraft und Macht, Ausdauer und guter Wille, Selbstachtung und Selbstschätzung werden und müssen uns zu den rechten Höhen bringen, die das Ziel des Sozialismus sind. Mit dieser inneren Ueberzeugung versehen, wird es auch gelingen, „eine Internationale“ zu schaffen, an der alles uns feindliche zerbrechen muß.

Gewisse für diesen Erfolg kann aber auch nur die unbedingte „Freiheit der Presse“ bieten, denn jede Beschränkung der Pressefreiheit führt zur geistigen Anarchie und bedeutet einen Rückschritt. Erhalten wir uns also diese Freiheit! Magt man aber, uns im Kampfe für das heiligste Menschenrecht, für Fortschritt und Freiheit, aufzuhalten, dann werden auch die Buchdrucker ihren Mann stehen und sie sind nicht die schlechtesten, wie es seinerzeit der berühmte Rapp-Ditsch gezeigt hat. Das sollte auch das „Freie Volk“ wissen. Für die Zukunft gilt für die Buchdrucker im ähnlichen Falle folgendes:

Die Mitglieder des „F. d. V. B.“ verweigern bei Ausbruch offener revolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Druckerzeugnisse. Sie stellen nur die Zeitungen her, die von den jeweils geschlossenen Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebende Publikationsblätter gemeldet werden.

Zu dieser Selbstverständlichkeit gehört noch keine „Revolutionierung der Röhre“ im Sinne des „F. V.“. Jedem Gewerkschaftler und jedem Politiker muß ein bestimmtes Ziel vor Augen schweben, nach dem im gegebenen Augenblick gehandelt werden muß. Diesem schwebt die Elberfelder Buchdrucker schon begegnet zu sein. Deshalb ist es vom „F. V.“ ziemlich unvorsichtig gehandelt, die Buchdrucker-gewerkschaft als diejenige zu bezeichnen, die bisher sich dem Diktat der Zeit nach am meisten entzogen hat. Wenn man so wenig Ahnung von der Buchdrucker-geschichte hat, sollte man gelegentlich mal die vor nicht allzu langer Zeit herausgegebene 50-jährige Gewerkschaftsgeschichte etwas durchsehen. Aber auch das Revolutionsjahr 1848 legte von dem Revolutionsgeist der Buchdrucker genügend Zeugnis ab und so mancher Kollege dürfte dem nachher wieder mit voller Kraft einsehenden alten Preußengeist weichen. Die weitere Entwicklung lehrt aber ebenfalls, daß in gewerkschaftlicher Beziehung wirkliche Pionierarbeit von den Buchdruckern geleistet wurde und die politische Betätigung auch zu ihrem Rechte kam. Freilich war es unter dem wilhelminischen Polizeisäbel doppelt schwer, aber es ging trotzdem vorwärts. Wenn jedoch der Revolutionssturm 1918 auch nicht in alle Winkel hineingefegt hat, dann hat es eben andere Ursachen gehabt. Das vereinte Proletariat hatte schon während des Krieges den großen Riß erhalten, der bis heute noch nicht überliefert ist. Scharfer blies er sich aber während der Revolutionzeit Bahn. Der Rätebewegung wählte einen Teil der Arbeiterschaft tief in, und eifrige Schüler dieses Gedankes sehen in diesem auch jetzt noch die Rettung. Mit dem Schlagwort: „Alle Macht den Arbeiterräten“ versucht man die Unfähigkeit dieses Gedankes zu überbrücken, wohlwissend, daß doch nur ein gemeinsames Wirken uns aus diesem Jammer herausheben kann. Nichts hätte man dagegen, wenn es wirklich so gehen würde und würde man mitarbeiten, aber aus was will man etwas? „Kommunisten und Arbeiter“ können und müssen vorwärts. Es war ein gemeinsamer Wille, getragen von einer gewissen Furcht, daß es schaffen können. Gewiß stehen hierbei noch gewaltige Hindernisse im Wege und diese müssen beseitigt werden. Schließen wir deshalb beizellen die Reihen, tragen wir gemeinsam in alle Hand- und Fußarbeit den unüberwindlichen Widerstand zum Fortschrittswort, dann haben wir unsere Aufgabe erfüllt. Und hierbei werden die Buchdrucker Danzigs ebenfalls nicht fehlen. Selber diesem Diktat der Zeit Rechnung zu tragen, ist der erste Schritt zum Fortschrittswort. Folgt diesem Rat!



100



## Aus den Gerichtssälen.

**Auf einer Kartoffel-Lauf-Reise.** Vor dem Schöffengericht hatten sich der Händler Karl Krieger, der Händler Heinrich Aland und der Arbeiter Jakob Zimmermann, sämtlich in Chra, wegen verurteilten und vollendeten Diebstahls, Verleumdung und Bedrohung zu verantworten. Mit dem Führer des Aland fuhren die drei Angeklagten im Monat gegen Abend nach Herringsdorf und wollten von dem Gutsherrn Galtter Kartoffeln kaufen. Galtter erklärte, daß er keine Kartoffeln habe. Dann fuhren sie weiter, und Krieger nahm zwei Rappen Milch mit, die er am Wege stehen sah und die Galtter gekostet. Die Fahrt ging dann nach Wöden. Unterwegs hielt man an einer Wiese an, auf der Pferde in einer Koppel weideten, die dem Gutsherrn Schmidt gehörten. Zimmermann ergriff das Schloß des Zauns zu dieser Koppel und ging mit einem Hengst unter die Pferde, um sie einzufangen. Krieger stand am Zaun mit einer Schlinge. Bei dieser Tätigkeit wurden die Angeklagten von den Leuten des Gutsherrn abgefaßt und festgenommen. Dabei betraute Zimmermann einen Arbeiter mit dem Vieh. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen der verurteilten Delikte zu Gefängnisstrafen von einer bis sechs Wochen.

**Ein „Heberboße“ Anzeiger.** Wegen Diebstahls und Diebstahls hatten sich die Verkäuferin Louise Sch., die berufliche Margarete K. und die Ehefrau Marie K. aus Danzig vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die Sch. besaß eines Abends mit einem Herrn das Theaterrestaurant, wo sich der Herr bezaubte. Diesen Zustand benutzte sie, um dem Herrn die Briefschloß mit über 8000 RM. Inhalt und eine goldene Uhr mit goldener Kette im Werte von 5000 RM. zu entwendet. Sie war dann freigeig und ließ die K. ein. Frau K. erhielt von dem Verste 50 RM. und die Uhr mit Kette. Das Gericht verurteilte die Sch. wegen Diebstahls zu 9 Monaten und 3 Wochen Gefängnis. Wegen Diebstahls wurde die K. zu 3 Monaten und die K. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ein teurer Kerger.** Der Goldschmied Paul Olmstedt in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Auf der Straße spielten drei Anaben, einer von ihnen (schon mit einem Fingerring). Über der schreit sich der Angeklagte, der hinter der Gardine seines Fensters stand, gedregt zu haben. Nach der Aussage der Anaben fielen drei Schüsse aus einer Luftbüchse und eine Kugel traf einen Anaben und verletzte ihn am Hals. Die Anaben haben den Angeklagten nicht gesehen. Er selber gab aber zu, daß er einen Schuß abgegeben habe, jedoch sei das aus Versehen geschehen. Das Gericht nahm nicht Rücksicht, sondern verurteilte Körperverletzung an. Er habe sich über die Anaben gedregt. Die Strafe lautete auf 600 RM. wegen gefährlicher Körperverletzung, sowie Einziehung der Luftbüchse. Die Kosten des strahlenden Kettes und ein Schmerzensgeld hatte er bereits freiwillig gezahlt.

**Wucherische Markthändler.** Der Schuhmachermeister Karl Schindl in Danzig kaufte im Februar 5 Pfund Wurst, die einen Höchstpreis von 5,40 RM. das Pfund hatte, und das für einen Restaurateur für 9 RM. das Pfund an. Als der Restaurateur den Betrag zahlen wollte, forderte Schindl 19 RM. für das Pfund. Der Kauf kam dann nicht zustande. Schindl hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht verurteilte ihn wegen Schleichhandels und Höchstpreisüberschreitung zu 6 Wochen Gefängnis und 1000 RM. Geldstrafe.

**Die Fällung einer Wohnungszumutung.** Wie die Wohnungszumutung Vergehen hervorruft, konnte man an einer Schöffengerichtsverhandlung sehen. Der Schmied Josef Weller in Danzig war wegen Untertunfälligkeit angeklagt. Das Wohnungszumutung stellte eine Frau Geymisch eine Wohnungszumutung aus. Die Frau erhielt aber inzwischen eine andere Wohnung und machte von der Zumutung aus dem September seinen Gebrauch. Diese Zumutung ist ihr auf unersättliche Weise verloren gegangen. Anfang Januar tauchte sie in den Händen des Angeklagten auf. Er hatte den Namen Geymisch unterschrieben und dafür seinen Namen hineingeschrieben. Von dieser gefälschten Urkunde machte er Gebrauch, indem er sie dem Hauswart vorlegte. Das Landgericht war der Auffassung, daß es sich hier nur um eine Untertunfälligkeit nach § 267 des Strafgesetzbuches handle, ohne durch die einen Vermögensverlust eintreten zu lassen. Die Sache wurde dem Schöffengericht zur Beurteilung überwiesen. Das Schöffengericht kam aber zu der Auffassung, daß es ein Vermögensvergehen verurteilt werden sollte, wenn die Erwerbung einer Wohnung bedeutend ist. Das Schöffengericht erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer.

Zur Verurteilung des Schöffengerichts wird man in dieser Sache nur sehr schwer folgen können. Wenn ein Wohnungszumutung, um

nach langem Warten endlich eine Wohnung zu erhalten, zu solchen Mitteln greift, so darf er doch dabei nicht an die Verurteilung eines Vermögensverzehrs, sondern an die Verurteilung einer Vermögensverletzung denken. Diese wird man schließlich nicht als Vermögensverletzung hinstellen können.

## Wähler der Ortskrankenkasse für den Kreis Danziger Höhe!

Die Wahl des Ausschusses für die Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Höhe findet am Sonntag, den 26. September von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr statt.

Gewählt wird in folgenden 6 Bezirken:

**Stimmbezirk 1:** Oliva und Umgegend, Wahllokal Turnhalle Oliva.

**Stimmbezirk 2:** Danzig, Bräsen, Schellmühl, Bauental, Saip, Diehlendorf, Rüggau, Kelpin, Schädelsau, Rentau, K. Kelpin, Hoch-Kelpin, Christmannhof, Hölle und Emaus, Wahllokal Sitzungssaal des Kreishauses, Sandgrube 24, 1.

**Stimmbezirk 3:** Ohra, Altdorf, Nobel, Scharfenort, Guterberge, Wonneberg, Rambau, Otomin, Schönfeld, Rappau, Jankenzin und Kowall, Wahllokal Gastwirtschaft „Zum fidele Bauer“, Niederfeld.

**Stimmbezirk 4:** Braust und Umgegend, Wahllokal Gasthaus Krefin.

**Stimmbezirk 5:** Sobbowitz und Umgegend, Wahllokal Hotel Bahlinger.

**Stimmbezirk 6:** Lobbau und Umgegend, Wahllokal Gasthaus Schwarz.

Wählen kann jeder, der 21 Jahre alt ist, war bei einem Arbeitgeber im Kreise Danziger Höhe beschäftigt oder, wenn er arbeitslos ist, in diesem Kreise wohnt.

Jeder Wähler muß in der Wählerliste eingetragen sein oder eine Befähigung besitzen, aus der hervorgeht, daß derselbe 21 Jahre alt und bei einem Arbeitgeber des Kreises Danziger Höhe beschäftigt oder, wenn er arbeitslos ist, in diesem Kreise wohnt.

Gewählt wird nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. Je mehr Stimmen für eine Liste abgegeben werden, desto größer ist die Zahl der auf sie entfallenden Ausschussmitglieder.

Dieser Umstand macht es jedem zur Pflicht, am Wahltag seine Stimme abzugeben und für die Liste C II zu stimmen.

Das ist die Liste der freien Gewerkschaften, deren Vertreter allein die Gewähr dafür bieten, daß mit den Interessen der Versicherten nicht schändlicher getrieben wird.

Die Ausschusswahlen geben den Ausschlag für die Zusammenfassung des Vorstandes der Kasse und für die Ausgestaltung der Leistungen und Rechte den Versicherten gegenüber.

Große Aufgaben hat die Kasse in der Zukunft zu erfüllen. Der Geist des Modernismus und der reaktionären Fälschung, der solange die Kasse beherrscht hat, muß weichen dem Geiste der neuen Zeit. Geschehen kann dieses nur, wenn jeder Wähler die Liste C II wählt, die am Kopf die Namen Johann Kotta, Otto Stangenberg, Wilhelm Eder usw. enthält.

Diese Liste hat 54 Vertreter zu verzeichnen, die im praktischen Leben stehen, mit der Not der Arbeiterfamilien, speziell in Krankheitsfällen, vertraut sind.

In eure Hände ist das Schicksal der Kasse gelegt. Wählt die Liste C II und sorgt dafür, daß die Freien Gewerkschaften den Sieg davontragen.

Der Ortsausschlag der Freien Gewerkschaften zu Oliva.

## Aus dem Freistadtbezirk.

**Das Transier Krankenhaus als Tuberkuloseheilanstalt?**

Das durch eine Stiftung des Dr. Wichmann 1894 in Braust erbaute Krankenhaus kann mit eigenen Mitteln nicht mehr weitergeführt werden. Der Kreisausschlag für Danziger Höhe, der zu einem Antrag auf eine laufende Beihilfe Stellung zu nehmen hatte, hielt eine vollständige Übernahme des Krankenhauses auf den Kreis für am zweckmäßigsten. Der Kreistag stimmte dem zu und wurde eine besondere Kommission, der auch unser Genosse Dr. Will angehört, gewählt, die die notwendigen Verhandlungen führen soll. Da das Wichmannsche Krankenhaus mit dem modern eingerichteten Danziger Krankenhaus aber nicht Schritt gehalten hat, so wurde

ausgewählt hatte, waren besser, weil herzlich reinerer Mahler, ohne jene dekorativen Galos, die manche seiner Lieber so unklar lassen. Auch die beiden Gesänge Max Regers (er hat hier bezaubernde Meise Anna Ritter und Ludwig Jacobowski verort) waren seine erste Kost, wiewohl sie nicht zu dem Duzend gehören, die wie seine Instrumental-Kompositionen, Regers Unsterblichkeit bedingen.

Zwischen beiden fand der Sänger R. als Komponist. Seine drei Lieder sind sehr bedeutsame Liederungen und mußten jeden Sachverständigen auf höchste überraschen. Da ist kein feines, engherziges Verfolgen der Textsprache, sondern überall ganz selbständige, großzügige Auslegung tonlicher Ideen und Einfälle. Er geht dabei keine Epigramme, sondern hat das Organ seiner Zeit und ist doch, im Gegensatz zu zeitgenössischen Liederkomponisten dem Musiker hinter dem allerdings ebenfalls erprobten Theoretiker immer den Vortritt. Jeweils empfand man Roenenkamps Bestreben, die Durchschnittsphysiognomie zu vermeiden, als betonte Kunststilk, aber interessant, originell und höchst geschmackvoll. Ich bin überzeugt, daß seine Liedkunst ihren Weg machen wird. Für Danzig ist sie zu hoch, zu allseitig; aber in Petropolis.

Den Abbruch des Konzertes machten Wolf und Brahms: „Es träumte mir, ich sei dir teuer“ — Roenenkamps am meisten in die Tiefe gehender Vortrag — „Nicht mehr zu dir zu gehen“, ein „Frühlingssong“ (von Wolf) und die selten gehörte, gleichfalls sehr eindrucksvolle „Entführung“. Wie man sieht, Vertonungen, denen man nicht gerade auf dem Konzertprogramm begegnet, die aber weit mehr das künstlerische Profil Brahms zeigen, als bekannte und oft gesungene. Daß dem gegenüber die gewagte oder interessante Gegenüberstellung von Hugo Wolf den von Roenenkamps harter Vortragstakt gewonnenen Eindruck nur beträchtliche bewiesen die vier folgenden Lieder, die den Abbruch des Konzertes bildeten.

Am Fingel sah Fritz Binder, der, wenn er nicht in Danzig fährt, ungefähr der gefuchteste deutsche Begleiter wäre, weil er zufällig auch einer der besten ist.

bereits eine Umwandlung in ein Stollenhaus oder als Tuberkuloseheilanstalt eingeplant. Mehrere Möglichkeiten dürfte unsere Ermessung trotz der außerordentlichen Dringlichkeit einer solchen Umwandlung nur als Notbehelf angesprochen werden. Um eine Sanatoriumsanstalt erfolgreich zu machen, ist ein umgebenes größeres Landgebiet unerlässlich und fehlt diese Vorbedingung doch hier vollkommen. Für ein derartiges Projekt hat der Freistaat und besonders der Kreis Danziger Höhe weit günstigere Gegenden. Immerhin wäre es nur zu begrüßen, wenn diese Anstalt in den Besitz des Kreises kommt.

## Kreistag Danziger Höhe.

Am Sonnabend fand unter dem Vorsitz des Landrats Wendt eine Sitzung des Kreistages Danziger Höhe statt. Zunächst wurde die Vorschlagsliste der zu Amtsvorstehern geeigneten Personen erlangt. Dann wurde eine Erhöhung der Konzeptionsgebühren für Schankwirtschaften beschlossen. Für die Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft oder zum Kleinhandel mit Branntwein sind bisher 300 bis 1000 RM. zu zahlen gewesen, wenn es sich um die Liebertragung eines bestehenden Betriebes handelte. Bei Neueinrichtung von Betrieben war das Doppelte zu zahlen. Im Hinblick auf die Geldentwertung hat der Stadtrat gestaltet, daß die Gebühren je nach der Bewertung der Liegenschaft auf 1200 bis 10000 RM. erhöht werden. Der Kreisausschlag will nun die Steuer erhöhen, nicht nur wegen der Geldentwertung, sondern auch wegen der Spekulation, die mit den Gastwirtschaften betrieben wird. Innerhalb weniger Monate haben Wirtschaften den Besitzer mehrfach gewechselt. Der Kreistag beschloß, die Steuerhöhe auf 600 bis 2000 RM. zu erhöhen.

Der Kreistag erklärte sich einverstanden, daß aus dem Amtsbezirk Ohra drei Bezirke gebildet werden, und zwar ein Amtsbezirk Ohra, in dem nur diese Gemeinde ist, ein zweiter Bezirk, bestehend aus den Gemeinden Guterberge, Scharfenort und Nobel, mit dem Sitz in Guterberge. Die Landgemeinde Altdorf, die abgelegen liegt, muß dann einen eigenen Bezirk bilden.

Für den verstorbenen Kreisbaumeister Engelhardt wurde auf Beschluß des Kreistages der Regierungslandmesser Gildenbrandt mit dieser Stelle betraut.

Die Einwohnermehrer des Kreises unterstehen dem Landeshauptmann Major a. D. Köster. Um ihn voll zu beschäftigen, ist ihm vom Kreisausschlag die Pflege der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen übertragen. Der Kreistag stimmte dem zu und beschloß die Einrichtung einer dauernden Amtsstelle.

Da die Kreissparkasse sich erheblich vergrößert hat und auch die neu errichtete Kasse des Kreises der Sparkasse keinen Abbruch getan hat, so ist die Vermehrung des Personals notwendig. Der Einlagebeitrag betrug im Jahre 1911 7 1/2 Millionen Mark, und im ersten Halbjahr 1920 ist er auf 31 Millionen Mark gestiegen. Der Kassenumlauf betrug im ersten Halbjahr 1920 338 Millionen Mark. (Diese Zahlen dürften den besten Beweis für die „Notlage“ der Landwirtschaft geben. Trotz solcher Sparbeiträge sind unsere Agrarier aber die Preise noch nicht hoch genug.) Der Kreistag stimmte der Vermehrung des Personals um 3 Beamte und einen Boten zu.

Ein Antrag Jahnke und Gen. verlangte die Bildung einer besonderen Kreiskommission zur Verwaltung der Heberlandzentrale Straßburg-Prangsdorf, da der Kreisausschlag diese Arbeit nicht mit bewältigen könne. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Um die erhöhten Ausgaben der Heberlandzentrale zu decken, beschloß der Kreistag einen neuen Tarif, nach dem die Kilowattstunde für Lichtzwecke 90 Pfg., für die Straßenbeleuchtung 85 Pfg., für Kraftzwecke 72 und 43 Pfg. kosten soll. Die Landwirtschaft soll dabei besser gestellt werden wie die Industrie. Betriebe, die nur während der Tagesstunden und in der Zeit vom 1. April bis 15. August arbeiten, zahlen nur 50 Pfg. für die Kilowattstunde. Schöpfwerke zahlen für die Nachtzeit 20 Pfg., für die Tageszeit 50 Pfg. Der Kreisausschlag kann Ausnahmetarife festsetzen. Dieser Tarif bedarf jedoch noch der Zustimmung der neu gewählten Kommission.

Um die notwendige und nützliche enge Verbindung zwischen der Heberlandzentrale und dem städtischen Elektrizitätswerk in Danzig herzustellen, beschloß der Kreistag die Erbauung einer stärkeren Hochspannungsleitung mit einem Kostenaufwand von 1,6 Millionen Mark. In 5 Jahren sollen die Kosten abgeschrieben werden. Durch diese Verbindung wird die Wasserkraft der Heberlandzentrale besser zur Ausnutzung kommen und andererseits eine Kohlenersparnis zu erzielen sein.

Die Tagelöhner für die Mitglieder des Kreistages, des Kreisausschlusses und der Kreiskommissionen wurden auf 50 RM. für jede Sitzung festgelegt. Für die Mitglieder des Komitees für den Kreis wurden Ergänzungswahlen vorgenommen. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder eine Entschädigung von 20 RM. für die Sitzung erhalten sollen.

Eine zahlreiche Zuhörerschaft, die sich in der Mehrzahl aus Kennern zusammensetzte, folgte mit Dankbarkeit und überraschendem Verständnis den Darbietungen.

Wilibald Omantowski.

## Zoppoter Theater in der Winteraison.

Die Zoppoter Stadtverordnetenversammlung hat den vom Magistrat vorgelegten Vertragsskizzen mit dem Theaterdirektor Norman in ihrer Freitagssitzung angenommen. Nach dem Vertrag stellt die Stadt der Theaterleitung den gebetzten Zuschauersaal nebst Beleuchtung zur Verfügung. Theaterdirektor Norman verpflichtet sich andererseits, am Sonntag, Dienstag und Donnerstag jeder Woche Aufführungen zu veranstalten. Durch einen Antrag wurde der Vertrag noch dahin erweitert, daß die Theaterleitung einmal im Monat eine Volksvorstellung zu halben Preisen geben sollte. Im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung darf wohl erwartet werden, daß diese Volksvorstellungen nicht an dieser „Mißgeschick“ scheitern werden. Sodann wurden verschiedene Nachbewilligungen erledigt, n. a. 80000 RM. für Mehrkosten der Straßenreinigung, 25000 RM. für erhöhte Fernspreckgebühren und 25000 RM. für Instandhalten der technischen Anlagen und Beschaffung von Materialen. Hierbei teilte Stadtrat Wank mit, daß die Stadt im Winter auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends gelegt werden solle. Eine Anfrage unserer Zeitung verlangte Klarheit über gleichzeitige Beschäftigung eines „Mißgeschick“ Wankers im Dienste der Sicherheitswehr in Danzig. Die Schulrat Dr. Hoppenberg verzog erklärte, handelte es sich um eine Vertretung für die der Betreffende vom Jungferhaus aus vorgeschlagen war. Dieser habe zwar erklärt, daß er bei der Sicherheitswehr unterrichtete, aber nicht, daß er dort sogar als Geldwechsel Dienst tue. Die Vertretung sei bereits am 7. Juli abgelaufen.

Man darf wohl diese eigenartige Verbindung von Kennern als Einzelfall ansprechen, jedoch kann auch dieser nicht scharf genug getrigt werden.

## Kunst und Wissen.

### Niederabend Reinhold Roenenkamps.

Der Niederabend Reinhold Roenenkamps, unseres brünnlichen Konzertsängers und Gesangspädagogen, war ein Beweis, in wie hohem Maße der künstlerische Wille und scharf ausgeprägtes Intellekt sich stetig gegen das rein physikalische Organ durchzusetzen vermögen. Seit Erbachs Niederabend im letzten Winter war mir kein Niederabend so interessant. Nach den ersten Liedern glaubte ich über dieses Gebiet einer ausgiebigen und kühnenreichen Terrainstimmung nicht hinweg zu können. Aber mehr und mehr begann der Sänger zu fesseln durch die Art, wie er dem Liede beifam. Und daß ein Duzend Niederabende des Joseph Schwarz, Jachmann und anderer Stimmwunderlicher sich noch lassen gehende, den Kern der Dinge blühende Kunst nicht aufzuweisen vermögen.

Roenenkamps Programm sprach für ihn. Nicht nur, weil er endlich einmal den Mut hatte, die übliche Beethoven-Schumann-Bruchfolge zu durchbrechen, sondern was er von den „Neuen“, Mahler und Regers gewöhnt hatte, gab den Ausschlag. Es waren durchgehend beste, tiefste Stücke, meist solche, die wir hier in Danzig noch gar nicht gehört haben und teilweise so schwierige, daß eben nur wirkliche Künstler ihren Gehalt zu fördern imstande sind. Ihr Herren Eigentümern, die ihr unbestimmt um den Widerspruch auch des Künstlers Blut zum Gemische macht, laßt, so sieht ein Programm aus: Komponist, Zeitgeber, Text, Dichter oder Quelle! So wird das Programm nicht nur eine Stütze für Vortrag, sondern gleichzeitig erzieherischer Wert.

Roenenkamps begann mit Mahler, von dessen sieben Überdimensionalen Symphonien wir in Danzig so gut wie nichts wissen. Statt, daß die Danziger Kulturkassen sich in langweiligen Erörterungen ihre Kunstlerkassen durch Laies öffentlich und privat beschäftigen lassen, sollten sie lieber einmal durch eine Tat bekunden, daß eine wäre eine eine Symphonie von Mahler. Die Stücke, die Roenenkamps







**Offiz. Broschürenvergabe.** Von Dienstag, den 21. bis Freitag, den 24. d. Mts. findet im Verlagsamt die Ausgabe der neuen Broschüren statt. Dienstag, den 21. Sept., Ausgabenummern 100—115; 1175—1190, 2153—2163. Mittwoch, den 22. Sept., Ausgabenummern 834—834, 1401—1700, 2284—2284, 2284—2284. Donnerstag, den 23. Sept., Ausgabenummern 871—1000, 1191—1200, 2201—2201. Die Ausgabe der Broschüren erfolgt an den unterzeichneten Tagen in der Zeit von 7½ Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. Der Antragsteller muß darauf aufmerksam sein, daß die Broschüren nur einzeln und nicht in größeren Mengen abgegeben werden. Die angeforderten Broschüren müssen jedoch unbedingt eingetragene werden, da nur eine bestimmte Abgabemenge des Verlagsamt besteht. Die Broschüren sind in der Regel empfanglich nachfolgenden, welche Informationen können nicht berücksichtigt werden. Der Antragsteller muß beim Bestellen der Broschüren darauf achten, daß keine Personalangaben aufgeführt werden.

## Bewerkschaftliches.

**Eine Landarbeitersinternationale.**

Der die V. L. A. aus verschiedenen Gründen erhaben hat eine internationale Arbeiterbewegung, die in der Landwirtschaft tätig ist und bei der außer den Franzosen und Schweizerinnen alle europäischen Völker vertreten waren, die Gründung einer Landarbeitersinternationale beschlossen. Der Antrag wurde auch Dr. Julius Schilling, der Direktor der landwirtschaftlichen Abteilung des internationalen Arbeitsbureaus des Völkerbundes, bei der in der Landwirtschaft auf den Sonderkongress des Völkerbundes im Juni 1920 in Genf die Lage der Landarbeiter besprochen soll, wie der Kongress in Genf die der Landwirtschaft besprochen hat. Die Gründung der Landarbeitersinternationale steht jedoch im Gegensatz zu den Wünschen der Landwirtschaft, der dem, wie der Vorkongress der Landwirtschaft anlässlich des Vorkongresses in Genf, die Landarbeiter hinsichtlich der internationalen Bewegung in eine Landwirtschaftsinternationale zu drängen.

## Stettiner Transportarbeiterstreik beendet.

Die streikenden Transportarbeiter Stettins nahmen nach dreiwöchiger Streikdauer die Arbeit auf Grundlage des Schiedelspruches des Schlichtungsausschusses wieder auf.

## Soziales.

### Für und wider die Ehescheidung.

Zur Zeit der französischen Revolution konnten die Ehen durch gegenseitige Übereinstimmung aufgelöst werden. Während es heute noch in Frankreich Fälle gibt, in denen z. B. Trübsalbolde ihre Frauen auf jede nur denkbare Weise derartig misshandeln, daß in einem Fall die Waise vor Angst und Kummer bereits zweimal ein idiotisches Kind zur Welt brachte, ohne daß das Geschick solche Tragik als Scheidungsgrund ansieht.

Auch heute noch wird in den meisten Ländern Widerspruch gegen die Ehescheidung von Ehen erhoben, die in Wirklichkeit längst keine Ehen mehr sind. Auch in Deutschland. Besonders unsere Konfessionen zeigen sich da von „echt christlichem Geist“ erfüllt. Wollen sie doch nicht einmal eine unheilbare Geisteskrankheit als Scheidungsgrund anerkennen, weil sie „vom christlichen Standpunkte“ aus die Ehe und ihren Lebensinhalt in erster Linie als eine „gottgewollte und gottgesegnete Lebensordnung“ ansehen. (Konfessionelles Handbuch.) Darum führen ja auch unsere Äbte, Pfarrer und Großagrarien lauter Mißereben. Was besonders durch ihr schamloses Treiben bei ihren Tagungen in Berlin und München bezeugt wird.

Dabei ist es — wie die Holländerin de Jong sehr richtig erkennt — für die Kinder aus wahrhaft unglücklichen Ehen sehr viel besser, wenn sie von einem der Eltern oder zur Not von Fremden erzogen werden, als daß ihre ersten Jugendeindrücke sie in solch einer Hölle von Unverträglichkeit und Disharmonie erhalten.

Auch der Ehescheidung gegenüber ist unsere Stellung als Sozialisten aus unserer ganzen Weltanschauung heraus gegeben: Wir erkennen nur eine auf Liebe gegründete Ehe als sittlich an. Ebenso können wir nur solche Ehen anerkennen, in der die Liebe fortlebt. Alles „christliche Vertuschen“, alle Verhüllungsversuche können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß eine Ehe ohne Liebe in Wirklichkeit gar keine Ehe mehr ist, gleichgültig, ob sie dem Namen nach fortbesteht oder nicht. Daß eine Ehe ohne Liebe nur eine Fassade, eine Fassade für beide Teile bedeutet.

Wir fordern, daß jeder Zwang zum Zusammenleben aufhört. Daß jede zerrüttete Ehe geschieden werden muß, wenn auch nur der eine Teil den Wunsch oder Willen hat, das eheliche Band aufzulösen. Aufgabe des Staates ist es nur — solange die Menschheit eben selbst nicht so viel Verantwortungsfähigkeit besitzt — die Rechte der Kinder wahrzunehmen und diese Kinder sicherzustellen. Kurt Heilbut.

## Büchermärkte.

**Mügger, Arbeiter! Rettet Europa!** Erlebnisse aus dem streikenden Russland von Franz Kleinow. 40 Seiten. Verlag „Vorwärts“, Berlin S.M. 68.

Der Verfasser schildert die bolschewistische „Bewegung“ Russlands aus eigener Erfahrung. Vier Jahre war er in den uns so nahen und trotzdem so unbekannten Osten tätig und befaßte sich zuerst 7 Monate lang als Geisel in bolschewistischer Gefangenschaft. Er kennt das Trübsalreich, das der terroristische Jargonismus der kommunistischen „Weltbeglückung“ aus Russland gemacht hat, aus eigener Anschauung so gut, daß er die Arbeiter und das Bürgertum leidenschaftlich aufruft, Deutschland und Europas Kultur vor diesen Greueln zu bewahren. Die Arbeit Kleinows ist ein wertvoller Beitrag zur Klärung der östlichen Fragen. Er verbreitet, weit gründlicher, als es der Unabhängige W. Dittmann tun konnte, die Wahrheit über die bolschewistische Hölle Russlands.

**Eliten und Charakterbilder aus der französischen Revolution** von Dr. John Schönbach, Verlag „Vorwärts“, Berlin S.M. 68, 121 Seiten.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, ein wenig hinter die Außen der großen französischen Revolution zu leuchten und manche ihrer Geheimnisse in ihrer menschlichen — Größe zu zeigen. Er gibt so eine recht interessante Ergänzung der großen geschichtlichen Ereignisse jener Zeit und gestaltet wertvolle Vergleiche mit manchem aus der großen deutschen Annäherung.

**Die „Neue Zeit“.** Wissenschaftliche Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Aus dem letzten erschienenen Heft 24 vom 2. Bande des 88. Jahrgangs haben wir hervorgehoben: Der Meinungskampf im Lager der U. S. V. D. von Heinrich Cunow. — Sozialismus und Kommunismus in Jugoslawien. Von Pawao Jugowitsch. — Die geistige Beeinflussung der Massen. Von Max Ströger (Göttingen). — Zur Frage der Mutterpflicht. Von Genni Lehmann (Berlin). — Zur Frage der Arbeiter. — Literarische Rundschau usw. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 15 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mark. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Chefredakteur Adolf Bartel.**

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

## Allmähliche Bekanntmachungen.

### Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen

Am Mittwoch, den 22. und Donnerstag, den 23. September 1920 werden sämtliche Haushaltungen abgefertigt, die ihre neuen Hauptmarkenbogen noch nicht abgeholt haben.

Die Ausgabe findet in folgenden Stellen statt: Mädchenschule Junggraben, Knabenschule Schreiergasse, Reichshaus, Mittelschule Gertrudengasse, Langfuhr, Mädchenschule Bahnhofstraße, Kaufhaus, Mädchenschule Salzer Str., Heubude, Albrechts Hotel.

Die alten Hauptmarkenbogen mit Markenbogen, sowie die Ausweise sind vorzulegen. Die Dienststunden sind von 8—2 Uhr.

Danzig, den 20. September 1920. (2362) Der Magistrat.

## Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 21. September 1920, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Zum 1. Male.

### Bas

Schauspiel in 4 Akten von Georg Kaiser.

Mittwoch, den 22. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2. Die Reise in die Wälderzeit.

Donnerstag, den 23. September, abends 6½ Uhr. Dauerkarten E 2. Die verunkelte Glocke.

Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1. Bas.

Sonntag, den 25. September, abends 5½ Uhr. Dauerkarten B 1. Faust.

Sonntag, den 26. September, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum 1. Male. Die Frau Rat. Komödie in 3 Akten von Paul Wertheimer.

## Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Besitzer u. Direktor Paul Banmann.

Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Konstadt.

Heute Dienstag, 4. 21. September

abends 7½ Uhr

### Charleys Tante

Schwank in 3 Akten

von Brantom Thomas.

Mittwoch: Charleys Tante.

Freitag, den 24. September

Beginn der Wintersaison

Anfang 7 Uhr Anfang

Zum 1. Male.

Letzter Welzer

von Oskar Strauß.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr

bei K. D. Langermarkt 23 und von

10—5 Uhr im Warenhaus Freymann.

Sonntag v. 9—2 am d. Theaterkasse.

In den Parkett-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

## Gedania-Theater

Schüsselmann 53/55.

Achtung! Achtung!

Nur 3 Tage! 3 Schläger!

Das hervorragende Monumental-Film-Work

Der rote Henker

in 4 groß. Akten. In der Hauptrolle: Ellen Richter.

Not u. Verbrechen

Schauspiel in 4 Akten mit Romy Christians.

Die Knallzigarre!

Lustspiel in 2 Akten. (2265)

## Volkfürsorge.

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Mittelschicht

kein Policenverkauf.

— Sterbefälle. —

Günstige Tarife für

Erkrankte und Kinder.

Ankunft in den Bureaus

der Arbeiterorganisationen

und von der

Arbeitsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 35.

## Karbid.

Karbid-Lampen, Brenner,

pa. Batterien, Feuer-

geräte billig.

Gustav Ehms,

1. Damm 22—23, Ecke

Breitegasse. (2216)

Stollmanntericht (f

erl. Anfang u. Bergsch.

Bernhard Schramm, Dorf

Graben 57. Kamid, bitte

Dienstag u. Freitag v. 4—6

## Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule

### Fortbildungsklassen für schulentlassene Mädchen.

Unterrichtsfächer:

1. Maschinennähen und kleine Handarbeiten (Ausbesserungsarbeiten: Stöplein, Plücken, Anfertigung einfacher Wäschestücke u. a.) 2 mal wöchentlich 3 Std.
2. Deutsch — 2 mal 2 Std. wöchentlich.
3. Rechnen — 2 mal 1 Std. wöchentlich.
4. Gesundheitslehre, Kinderpflege und Hauswirtschaftkunde — 2 mal 1 Std.
5. Tansen — 2 mal 1 Std.
6. Kochen (einfache Mittagsgänge) — 1 mal 4 Std.

Beginn: Donnerstag, den 7. Oktober.

Die Unterrichtsstunden sind auf 4 Wochentage vor- und nachmittags verteilt. Das Schulgeld beträgt für die ersten 5 Pflichtstunden 20 M. halbjährlich, für Kochen außerdem 5 M. monatlich.

Die Hauptanmeldungen finden am 30. September, 1. und 2. Oktober nachmittags von 4—6 Uhr in der Fortbildungsschule an der großen Mühle statt — später Anmeldungen werden ausnahmsweise noch in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 1 Uhr in der Geschäftsstelle der Fortbildungsschule angenommen.

Das Schulgeld ist mitzubringen.

Das Schulgeld ist bei der Anmeldung zu entrichten. (2363)

## Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule

### Kurse für freiwilligen Unterricht:

Mathematik, Elektrotechnik, Zeichnen für gelehrte Metallarbeiter. Deutsch, Rechnen, polnischer Sprachunterricht.

Männlichen und weiblichen Personen des Gewerbestandes wird durch besondere Kurse Gelegenheit geboten, sich Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, die über das Lehrziel der Pflichtschule hinausgehen.

Der Unterricht im Winterhalbjahr beginnt am Donnerstag, den 7. Oktober. Anmeldungen bis 6. Oktober, vormittags 10—12 und abends 5—7 Uhr im Geschäftszimmer der Schule. An der großen Mühle 11/13. Das Schulgeld ist bei der Anmeldung zu entrichten und beträgt für das Halbjahr für je 4 Wochenstunden 10 M. Für Bedürftige sind ganze oder halbe Freistellen vorhanden. Ausführliche Pläne im Geschäftszimmer der Schule. Dort oder bei dem Direktor auch nähere Auskunft. (2361) Der Magistrat.

## Laufburschen

Best sofort ein

„Danziger Volksstimme“

Am Spandhaus 6.

## Frohes Wandern!

Anleitungen und Bünde für Wanderfahrten von E. Schreck-Bielich.

— Preis 3.50 Mk. —

Sonstige Jugend von E. R. Müller.

— Preis 2.— Mk. —

Buchhandlung Volksmacht

Am Spandhaus 6 u. Paradiesgasse 32.



**„JUGEND“**  
ILLUSTRIERTE WOCHENSCHRIFT  
FÜR KUNST UND LEBEN  
VIERTELJAHR: PREIS 2 MARKEN  
EINZELNUMMER 1 MK. 80  
VERLAG DER „JUGEND“ MÜNCHEN

Wieder eingetroffen:

## Karl Marx

Sein Leben und seine Lehre

von M. Beer

Preis Mk. 6.50

Buchhandlung „Volksmacht“

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32